

noch zu viele. Daß es aber allmählich entlarvt wurde, ist mit ein Verdienst des Konkordats. Es gehört zu den großartigsten Erscheinungen dieser dunklen Jahre, daß mitten in einer rechtlosen Zeit immer wieder die Forderung des Rechtes erhoben und so den Menschen ohne Unterschied der Konfessionen zum Bewußtsein gebracht wurde, daß Recht mehr ist als Gewalt. Mit Recht konnte daher Papst Pius XII in seiner Ansprache vom 2. Juni 1945 vor den Kardinälen das Konkordat „una base giuridica difesa“ nennen (AAS XXXVII [1945] S. 161). Daß die deutschen Katholiken dem NS-System weniger als der übrige Volksteil oder gar keinen Widerstand geleistet hätten, ist eine derartige Verdrehung der Tatsachen, daß sie nur auf einer völligen Unkenntnis der Lage beruhen kann. Es ist darum keine Übertreibung, wenn Jestaedt meint, daß die verbleibende juristische Basis der konkordatären Bestimmungen nach 1933 genügt habe, um die katholische Kirche im wesentlichen unversehrt als geistig-moralische Größe des öffentlichen Lebens in Deutschland zu erhalten (Archiv für katholisches Kirchenrecht, 1950, S. 413, zit. nach Becker S. 41).

Schon einmal hat ein „falscher Zungenschlag“ — wie vornehm jedoch klingen die Worte des Kanzlers v. Bethmann Hollweg in seiner Reichstagsserklärung vom 4. August 1914 (vgl. Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, Berlin o. J. II. Bd. S. 299) dem deutschen Volk die Sympathien der ganzen Welt gekostet. Und welches Unheil Hitlers Vertragsbrüchigkeit unserm Volk und der ganzen Welt gebracht hat, steht noch in zu frischer und weher Erinnerung, als daß eigens darauf hingewiesen werden müßte. Nur mühsam und immer noch nicht restlos hat das deutsche Volk das Vertrauen der übrigen Welt gewonnen, ohne das es nicht leben kann. Nur allzu leicht zerstört demagogische Leidenschaft das kunstvolle Gebäude verantwortlicher Staatskunst.

Oskar Simmel S. J.

So endete eine Einheitsfront

Zum 10. Jahrestag der Vereinigung von SPD und KPD zur SED in der Sowjetzone

Als am Morgen des 30. April 1945 in Moskau eine Maschine mit den zehn Mitgliedern der „Gruppä Ulbrichta“ in Richtung Berlin startete, da war mindestens im Kopf des Gruppenchefs Walter Ulbricht der Plan für die heutige „DDR“ mit allen Einzelheiten, wie Bodenreform, Zwei- und Fünfjahrplänen, Volkspolizei und Nationalarmee usw., bereits festgelegt. Nur eines hatte dazu noch nicht gehört, nämlich der Plan der späteren Sozialistischen Einheitspartei, deren Erster Sekretär Ulbricht inzwischen schon seit Jahren ist. Dieser Plan wurde erst aktuell, nachdem Anfang Juni 1945 eine andere kommunistische Emigrantengruppe unter Führung Wilhelm Piecks aus Moskau eingetroffen war. Pieck hatte neue Weisungen mitgebracht, darunter auch die zur Wiedergründung der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Wer etwa befürchtet hatte, die Sowjets würden in dem von ihnen besetzten Teil Deutschlands keine oder allenfalls nur die Kommunistische Partei zulassen, der sah sich zunächst angenehm enttäuscht, als sie am 10. Juni 1945 durch SMA-Befehl Nr. 2 die Gründung von Parteien und Gewerkschaften gestatteten. Schon einen Tag später erschien der Gründungsaufwurf der KPD, der unter anderem die auf den ersten Blick beinahe sensationell wirkenden Sätze enthielt: „Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre; denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokrati-

schen Rechten und Freiheiten für das Volk“.¹ Abgesehen davon, daß hier ein „mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“ ausgestattetes Regime unfreiwillig in Gegensatz zum Sowjetsystem gesetzt wurde, was bestimmt nicht in der Absicht der Verfasser des Aufrufes gelegen hatte, konnten diese sich immerhin mit Lenin einig wissen, der im Oktober 1916 in einem Artikel „Eine Karikatur auf den Marxismus“ geschrieben hatte: „Alle Völker werden zum Sozialismus gelangen, das ist unausbleiblich, aber sie werden dahin nicht ganz auf dem gleichen Wege gelangen“.² Zwar fand diese Auffassung, die sich noch mit einer ganzen Reihe anderer Lenin-Stellen belegen ließe, später nicht mehr den Beifall Stalins, aber in der Situation von 1945 erschien es den Sowjets offenbar geraten, sich dieser These Lenins zu bedienen, um jenen deutschen Arbeiterführern, die zwar Marxisten, aber keine Bolschewisten waren, eine Brücke zu bauen. Das gilt auch für die von Anton Ackermann wenig später verkündete These vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“. Sie wurde von den Kommunisten für die erste Zeit ganz bewußt geduldet und geradezu in den Vordergrund geschoben, wofür auch die auffallende Glimpflichkeit spricht, mit der ihr Verkünder davonkam, als sie sich 1948 nach Titos Abfall nicht einmal mehr zum Schein halten ließ und Ackermann sich zu reuevollem öffentlichem Widerruf gezwungen sah.

Vier Tage nach den Kommunisten, am 15. Juni 1945, hatte auch die Sozialdemokratische Partei für den Bereich Berlins und der sowjetisch besetzten Zone ihren Gründungsaufwurf erlassen, und als zu diesen beiden Parteien am 26. Juni noch die Christlichen Demo-

kraten und am 5. Juli die Liberaldemokraten kamen, da glaubten die Kommunisten bzw. ihre sowjetischen Dirigenten jenen „Block antifaschistisch-demokratischer Parteien“ beisammen zu haben, der von ihnen immer wieder mit so großer Lautstärke gefordert worden war. Zwar zeigten sich dann wenigstens am Anfang die beiden bürgerlichen Parteien den kommunistischen Wünschen gegenüber als weitaus zurückhaltender und zeigten weit mehr Rückgrat, als die Sowjets von ihnen erwartet hatten, dafür übertraf die „Aufgeschlossenheit“ eines Teiles der SPD-Führung anfänglich vermutlich sogar die kühnsten Hoffnungen der Kommunisten.

Es kann der Sozialdemokratischen Partei der Sowjetzone, die sich später so bitter über ihre Vergewaltigung durch die Kommunisten beklagte, der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie es war, die — im Gegensatz zur SPD der deutschen Westzonen unter Dr. Schumacher — die Tendenz zur organisatorischen Vereinigung mit der KPD vom ersten Tage an in ihren Reihen duldete und pflegte. Schon ihr Gründungsaufwurf vom 15. Juni 1945 enthielt unter anderem den in seiner Tendenz gar nicht mißzuverstehenden Satz: „Wir wollen vor allem den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse führen“.³ Die Kommunisten, die ihrerseits in ihrer Aktionsfähigkeit von laufend aus Moskau eintreffenden Direktiven abhängig waren, wodurch sich ihre Reaktionen stets etwas verzögerten, nahmen das wiederholt an sie herangetragene Angebot des Zusammenschlusses der beiden Parteien wohl zur Kenntnis, lehnten es jedoch vorerst mit der Begründung ab, die Zeit für einen organisatorischen Zusammenschluß sei noch nicht reif. Unter dieser „Reife“ der Zeit verstanden sie nämlich einen politischen Zustand in der Zone, in

¹ Wilhelm Pieck, „Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands“, Berlin 1949, Dietz-Verlag, S. 41f.

² W. I. Lenin, „Sämtliche Werke“, Band XIX, Seite 281 (zitiert in: Anton Ackermann „Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?“ in Heft 1 der „Einheit“, Februar 1946, Seite 31).

³ „Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart — Deutschland nach dem Zusammenbruch“. Berlin 1952, Dokumenten-Verlag Dr. H. Wendler & Co., Band VI, Seite 16.

dem sie selbst, wie sie hofften, auf Grund von Wahlergebnissen und mit tatkräftiger Nachhilfe der sowjetischen Besatzungsbehörden unter den vier Parteien der Zone eine durch nichts mehr zu erschütternde Vormachtstellung erreicht haben würden. Dann würde man die Bedingungen des Zusammenschlusses diktieren und die SPD billiger bekommen können. Nun, man bekam sie ohnedies billig genug. Einstweilen aber blieb der erwartete Zustand der „Reife der Zeit“ noch aus. Dafür aber erwies sich die SPD oder doch ein gewisser Flügel unter ihrer Funktionärschaft als immer reifer, auf dem Wege eines Parteienzusammenschlusses von der KPD verschluckt zu werden.

Inzwischen operierten die Kommunisten mit ihrem alten, schon bei früheren Gelegenheiten in anderen europäischen Ländern bewährten Köder, dem Ruf nach der „Einheitsfront“, und die Sozialdemokraten griffen, wenigstens auf den oberen Stufen der Parteiführung, diesen Ruf sofort und bereitwilligst auf. Die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ wurde zum heftigst strapazierten Bestandteil des Schlagwortschatzes beider Parteien. Dabei war allerdings der sozialdemokratische Wunsch nach der Einheitsfront, unvoreingenommen betrachtet, bis zu einem gewissen Grade sogar durchaus verständlich. In der illegalen Arbeit der Hitlerjahre, in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern des „Dritten Reiches“ und gelegentlich sogar in der Emigration waren Sozialdemokraten und Kommunisten einander mitunter nähergekommen als jemals in den Jahren der Weimarer Republik. Die Versuchung lag für manchen nahe, aus der Gemeinsamkeit der erlittenen Schicksale auch Wege zu suchen zu einer Gemeinsamkeit des Denkens und Wollens. Von da bis zum Traum von der Rückgängigmachung der Parteispaltung von 1918 war schließlich nur noch ein kurzer Schritt und vom Erzvater Marx bis zum bereits erwähnten „besonderen deutschen Weg“ gab es so manches, was als Brücke dazu lockte,

diesen Schritt zu tun. Es gehörte allerdings schon die psychologische Naivität des Neubeginns dazu, um das ganz und gar nicht naive und sentimentale Wesen des kommunistischen Partners so gründlich zu verkennen, wie dies jene Träumer von 1945 taten.

Unter den sozialdemokratischen Führern war es vor allem der Vorsitzende des Zentralausschusses, Otto Grotewohl, der sich kaum eine Gelegenheit entgehen ließ, um über die Einheitsfront hinaus dem organisatorischen Zusammenschluß mit den Kommunisten nachdrücklichst das Wort zu reden. So erklärte er schon zwei Tage nach der Gründung seiner eigenen Partei die Einheit mit der KPD als „das höchste und wertvollste Gut der Arbeiterklasse“⁴, um kurz darauf die beiden Vereinigungs-Werbeslogans zu starten „Was uns eint, ist stärker als das, was uns trennt!“⁵ und „Die ganze Einheit soll es sein!“⁶. In einer Berliner SPD-Kundgebung am 14. September 1945 mutete er seinen Zuhörern sogar Sätze zu wie: „Rückhaltlos muß aber auch dem sozialdemokratischen Arbeiter gesagt werden, daß er an jeder Stelle vorbehaltlos und kameradschaftlich mit dem kommunistischen Kameraden zusammenzustehen hat“⁷, oder noch deutlicher: „Die organisatorische Vereinigung der deutschen Arbeiterbewegung und die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung sind unser unverrückbares Ziel. Damit dürfte unser Verhältnis zur Bruderpartei geklärt sein“⁸. Die lebhaften Widerstände aber, die sich vor allem unter der Berliner Mitgliederschaft gegen die Verschmelzungstendenz regten, verurteilte er am 1. März 1946 vor Funktionären des Berliner Landesverbandes seiner Partei unwillig als „fast weibisch anmutende Furcht, die eine Partei könne die andere überfahren“⁹. Grotewohl stand innerhalb des

⁴ Otto Grotewohl, „Im Kampfum Deutschland — Reden und Aufsätze“. Berlin 1948, Dietz-Verlag, Band I, Seite 11.

⁵ ebda., Seite 12 und Seite 14.

⁶ ebda., Seite 15.

⁷ ebda., Seite 45.

⁸ ebda., Seite 46.

⁹ ebda., Seite 114.

Zentralausschusses seiner Partei mit diesen Ansichten nicht allein. Insbesondere erhielt er Unterstützung von den Vorsitzenden der Landesverbände von Sachsen, Thüringen und Mecklenburg wie überhaupt von vielen höheren in der Zone lebenden SPD-Funktionären, während sich die meisten Berliner Mitglieder des Zentralausschusses, vor allem der Kreis um Franz Neumann, Ernst Reuter und Otto Suhr, allen Vereinigungsplänen gegenüber ablehnend verhielten. Gerade dieser Umstand legte schon damals den inzwischen längst bewiesenen Schluß nahe, daß von der sowjetischen Besatzungsmacht gleich von Beginn der Verschmelzungskampagne an mit Druckmitteln aller Art auf die Landesvorstände eingewirkt wurde, was in der Viersektorenstadt Berlin zumindest in solchem Ausmaße nicht möglich war.

Je mehr sich im Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei die anfänglich noch ziemlich verbreitete Begeisterung für die Vereinigung legte, desto mehr begann man sich nun im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei dafür zu erwärmen. Die Wahlergebnisse in Österreich und einigen anderen von den Sowjets besetzten Ländern, die einer offenen Niederlage der Kommunisten gleichkamen, und die den sowjetzonalen Kommunisten durchaus nicht unbekannte Volksstimmung im eigenen Lande ließen ihnen jetzt eine Verschmelzung der beiden Parteien um jeden Preis und zum baldmöglichsten Termin als unaufschiebbare Notwendigkeit erscheinen. Vor allem wußten sie ebenso wie die Sowjets, daß Parlamentswahlen in der Sowjetzone nicht mehr auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben werden konnten. Bis dahin aber mußten entsprechende Tatsachen geschaffen, d. h. die Konkurrenz der eines Wahlsieges in der Zone absolut sicheren SPD ausgeschaltet sein. Am 9. November 1945 verkündete daher der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck offiziell die Bereitschaft seiner Partei zur Vorbereitung der organisatorischen Vereinigung. Von nun

an wurde in allen Verhandlungen zwischen Delegierten der beiden Parteien die zwar öffentlich kaum ausgesprochene Bedingung der Kommunisten für ihre „Zustimmung“ zur Vereinigung immer deutlicher: ihr Anspruch auf die tatsächliche Führung innerhalb der neuen Partei. Da diese Bedingung die ohnehin zaudernden SPD-Vertreter verständlicherweise abschrecken mußte und die „Einheitsfront“ überhaupt zu zerfallen drohte, verstärkte sich gleichzeitig der Druck der sowjetischen Ortskommandanturen bis zum offenen Terror. Unter diesem Druck kamen dann auch während der nächsten Wochen und Monate in zahlreichen Städten und Dörfern der Zone Aktionsausschüsse zur Vorbereitung der Parteienvereinigung zustande.

Selbstverständlich blieb auch dem Zentralausschuß der SPD dieser Terror gegen ihre örtlichen Parteioorganisationen nicht verborgen. Dem die Verschmelzung ablehnenden Teil der Parteiführung verblieb jedoch noch die Hoffnung auf eine Mitglieder-Urabstimmung in der gesamten Sozialdemokratischen Partei Berlins und der Zone. Es konnte als sicher gelten, daß die überwiegende Mehrzahl der Parteimitglieder die Verschmelzung mit der Kommunistischen Partei ablehnen würde. Als ebenso sicher galt dies jedoch auch den Kommunisten und den Sowjets, weshalb bei ihnen jede Forderung nach einer Urabstimmung in der Zone auf ein schroffes Nein stieß. Nicht verhindern konnten die Sowjets jedoch die Urabstimmung in Berlin, wo sie dann auch am 31. März 1946 durchgeführt wurde. Das Ergebnis fiel genau so aus, wie es von allen Seiten erwartet worden war: 82,21 Prozent aller stimmberechtigten Berliner SPD-Mitglieder, die sich an der Abstimmung beteiligt hatten, sprachen sich gegen eine Vereinigung mit der KPD aus und fast 70 Prozent darüber hinaus sogar gegen ein Bündnis der beiden Parteien überhaupt. Da zu diesem Zeitpunkt jedoch die Verschmelzung der Zonen-SPD mit der KPD nicht mehr aufzuhalten war, konstituierte sich un-

ter Berufung auf die Urabstimmungsergebnisse am 7. April 1946 die Berliner SPD unter der Führung Franz Neumanns als selbständige und von der SPD der Sowjetzone völlig unabhängige Parteiorganisation. Als solche blieb sie auf Grund einer Kontrollratsübereinkunft auch nach der Parteienvereinigung in allen vier Sektoren der Stadt Berlin bestehen, offiziell also auch im Berliner Sowjetsektor, in dem sie freilich unter dem zunehmenden Terror der Kommunisten mitgliedsmäßig immer mehr zusammengeschrumpfte und im Stadtparlament nach dessen Teilung überhaupt nicht mehr vertreten war, während anderseits in den Westsektoren die KPD von der Parteienverschmelzung an als „SED“ ebenfalls weiterbestehen durfte, ohne allerdings noch irgendwelche Bedeutung — außer der eines ständigen Unruheherdes und einer Aktionsbasis für kommunistische Agenten — zu erlangen.

Inzwischen hatten sich Dr. Schumacher und die Parteiorganisationen der Sozialdemokratischen Partei in den westlichen Zonen eindeutig gegen jeden Zusammenschluß mit den Kommunisten ausgesprochen. Grotewohl kämpfte daher auf verlorenem Posten, als er die Parteienverschmelzung auch auf die Gesamtparteien in allen vier Besatzungszonen ausgedehnt wissen wollte. Im Zentralauschuß der von der Berliner Parteiorganisation nunmehr getrennten Zonenpartei aber sorgte sowjetischer Druck jetzt für eine Beschleunigung der Verschmelzungsvorbereitungen. Es war nicht gerade wenig, was die SPD-Funktionäre dabei an Grundsätzen und Bedenken über Bord zu werfen hatten. Abgesehen davon, daß sie den von den Kommunisten trotz ihrer weitaus geringeren Mitgliederzahl erhobenen und durch die Zusicherung der Parität in der Besetzung aller Parteiämter nur notdürftig verbrämen Führungsanspruch hinnehmen mußten, schien der Gegensatz zwischen den parlamentarisch-demokratisch denkenden Sozialdemokraten und den eindeutig auf

absolute Parteidiktatur eingeschworenen Kommunisten kaum überbrückbar. Auch verstanden die Sozialdemokraten unter innerparteilicher Demokratie etwas geradezu diametral anderes als die in der kommunistischen Parteiorganisation selbstverständliche blinde Kadaverdisziplin. Dies alles schien freilich Leute wie Grotewohl nicht im geringsten zu stören, während andere sich in der seit Februar 1946 von beiden Parteien gemeinsam herausgegebenen theoretischen Zeitschrift „Einheit“ immerhin wenigstens den Anschein gaben, als setzten sie sich mit diesen Problemen innerlich wirklich auseinander. Für die Kommunisten war dies der Augenblick, die Ackermansche These vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ als Köder auszuwerfen, was sogleich in Heft 1 der „Einheit“ geschah. Dieses erste Heft der „Einheit“ ist jedoch noch aus einem anderen Grunde interessant. Es enthielt auf insgesamt 32 Seiten Beiträge von je vier Sozialdemokraten und vier Kommunisten. Von den Sozialdemokraten hatte Gustav Dahrendorf sich wenig später dann doch eines Besseren besonnen und war nach dem Westen gegangen, wo er am 30. Oktober 1954 starb. Ein weiterer Sozialdemokrat, Max Fechner, wurde bekanntlich am 15. Juli 1953 als Justizminister der sogenannten „DDR“ abgesetzt und als angeblicher „Feind von Staat und Partei“ verhaftet und aus der SED ausgeschlossen. Als dritter sozialdemokratischer Autor jenes Heftes ist Helmut Lehmann seit 1950 zwar noch Mitglied des Zentralkomitees der SED, verschwand aber aus dem Politbüro der Partei und wurde im übrigen schon 1946 auf den politisch gänzlich einflußlosen Posten eines Präsidenten der „Volkssolidarität“ abgeschoben. Von den vier kommunistischen Autoren des Heftes wurde Franz Dahlem unter allerlei Beschuldigungen, in Wirklichkeit aber wegen seiner Differenzen mit Ulbricht, aus dem Politbüro und dem Sekretariat der Partei Mitte Mai 1953 ausgeschlossen, während Anton Ackermann, der eigentlich Eugen

Hanisch heißt, im Laufe des Jahres 1953 wegen seiner wohlwollenden Haltung gegenüber der sogenannten „Zaisser-Herrnstadt-Fraktion“ nach und nach seine Parteiämter und seinen Posten als Staatssekretär im sowjetzonalen „Außenministerium“ verlor. Übrig blieben von den acht Autoren des ersten Heftes also lediglich die beiden Kommunisten Ulbricht und Pieck und der Exsozialdemokrat Grotewohl, welcher letzterer die bisherige Dauerhaftigkeit seiner Position ganz offensichtlich und ausschließlich seiner enormen charakterlichen Wendigkeit und seiner bedingungslosen Unterwerfung unter die tatsächliche Führung Ulbrichts verdankt.

Ostern 1946 ging dann endlich die Vereinigung der beiden Parteien wie ein miserables und obendrein schlecht inszeniertes Stück über eine Bühne, die den Souffleur den Blicken kaum eines einzigen Zuschauers zu verbergen vermochte. Am 19. April veranstalteten beide Parteien getrennt noch einmal in Ostberlin je einen letzten Theaterparteitag zu dem einzigen Zweck, „einstimmig“ die Verschmelzung zu beschließen. Der „Vereinigungsparteitag“, den die neue Partei am 21. und 22. April 1946 in Ostberlin veranstaltete, um sich unter einem bemerkenswerten Konsum zirkushafter Pathetik als „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ zu proklamieren, zeigte trotzdem noch ein schwaches Aufflackern letzter Hemmungen: als die Stimmen der 1055 Delegierten (548 Sozialdemokraten und 507 Kommunisten) ausgezählt wurden, die über Annahme oder Ablehnung der Parteisatzungen zu entscheiden hatten, da erwies sich, daß immerhin 21 Delegierte gegen die Satzungen gestimmt und 4 weitere sich der Stimme enthalten hatten. Von nun an gab es jedoch für die vereinigte Partei nur noch „einstimmige“ Beschlüsse. Die Zeit der ehrlichen Diskussionen und der echten Abstimmungen und Wahlen war vorbei, die Demokratie — ein knappes Jahr nach ihrer angeblichen Wiederherstellung — wieder einmal tot.

Als die „SED“ knapp drei Jahre später, im Januar 1949, ihre Erste Parteikonferenz abhielt, da war der interne Verschmelzungsprozeß abgeschlossen. Die sowjetischen Kommunisten hatten die SPD mühe- und beschwerdelos verdaut und man konnte den 1946 vereinbarten, in der Praxis jedoch schon seit langem nicht mehr eingehaltenen Grundsatz der Parität nunmehr auch parteiamtlich begraben.¹⁰ Keine Hand eines ehemaligen Sozialdemokraten wagte sich mehr gegen diesen Beschluß zu erheben, und keiner von ihnen fand mehr ein Wort dagegen, als Grotewohl in seinem Referat unter den sechs Merkmalen der „Partei neuen Typus“ auch den „demokratischen Zentralismus“ aufführte, den er mit dem Satz kennzeichnete: „Der Parteiorganismus ist nur dann gesund und lebensfähig, wenn alle Glieder die Anordnungen des Kopfes der Partei befolgen“.¹¹ Dieser „Kopf der Partei“ aber — das wußte jeder „Genosse“ im Saal — war damals wie heute der Kreml zu Moskau und selbst Ulbricht war und ist nichts anderes als der unbedingt verlässliche Verbindungsmann und deutsche Statthalter dieses Kopfes. Um aber ja keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß es endgültig Schluß sei mit allem „Sozialdemokratismus“ und daß man endgültig zur sowjetdeutschen Sektion jener anderen, „größeren“ Partei, der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, geworden war, beschloß Grotewohl sein Referat mit den der KPdSU gewidmeten Versen des Sowjetdichters Majakowski: „Hirn der Klasse / Sinn der Klasse / Kraft der Klasse / Ruhm der Klasse / Das ist die Partei!“.¹²

Die „Einheitsfront“ des Jahres 1945 aber hatte ihren Zweck erfüllt.

Gerhard Neuhaus

¹⁰ Otto Grotewohl, „Die Politik der Partei und die Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus — Referat auf der Ersten Parteikonferenz der SED Berlin, 25. bis 28. Januar 1949“. Berlin 1949, Dietz-Verlag, Seite 52f.

¹¹ ebda., Seite 55.

¹² ebda., Seite 73.